Wir werden euch nicht vergessen!
22.11.2026

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

Vor Jahrzehnten haben **wir** es versprochen:
wir werden euch nicht vergessen!
Heute steht mit uns die 4. Generation hier, um dieses Versprechen weiter zu tragen.
Wir werden euch nicht vergessen, nicht die Gräuel und Grausamkeiten der Faschisten.

Die Namen derer, die her verscharrt wurden, kennen wir nicht.
Wir wissen nicht, wie viele Menschen unter dieser Erde liegen.

Sie starben
an Krankheiten, denn ihre Baracken waren im Winter kaum beheizt. Die katastrophalen hygienischen Zustände führten zu lebensbedrohlichen Krankheiten. Epidemien breiteten sich aus.
Sie starben
an den Folgen von Misshandlungen.
Sie starben
bei Bombenangriffen, weil der Zugang zu Bunkern oder Schutzräumen ihnen verwehrt wurde, denn die Faschisten verachteten sie als rassisch minderwertig.
Unter den Toten waren 36 Kinder unter 10 Jahren. Kinder, die aus dem Leben gerissen wurden, bevor sie das Leben richtig leben konnten.

Auch nach dem Tod waren für die Faschisten nicht alle Menschen gleich. Für die Bestattung von Sowjetbürgerinnen und -bürgern galten besondere Vorschriften.
So verlangte der Reichsminister des Inneren:
Bei der Bestattung ist auf Kostensenkung zu achten.
Für die Überführung mit Bestattung ist ein Sarg nicht zu fordern.
Die Leiche ist mit starkem Papier, möglichst Öl-, Teer- oder Asphaltpapier vollständig einzuhüllen. Auf Friedhöfen ist als Begräbnisort ein entlegener Teil zu wählen.
Feierlichkeiten und Ausschmückung der Gräber haben zu unterbleiben.

Die Geschichten dieser Menschen aber sind nicht begraben, solange wir das Gedächtnis an sie bewahren. In dieses Gedächtnis beziehen wir auch die jungen sowjetischen Frauen ein, die in Burg begraben sind.

In unser Gedenken mischen sich Trauer, aber auch Anklage gegen Täter, Mitläufer, die schweigend Zuschauenden und die Profiteure, wie namhafte Firmen aus Solingen. Sie konnten ihre Gewinne maximal steigern, denn Arbeitssklaven kosten nichts.

Von deutschen Wehrmachts-Soldaten in Güterzüge gezwängt wurden sie nach Deutschland transportiert. Die Geschichte dieser Menschen ist immer auch die Geschichte zerstörter Lebensentwürfe. Die Verschleppung bedeutete unter den Bedingungen eines unbeschreiblichen Rassen- und Vernichtungskrieges eine gewaltsame Trennung. Trennung

von ihrer Heimat, sozialen Bezügen, von Dörfern und Städten, aus einer seit Generationen vertrauten Lebenswelt.

In bekannten Solinger Firmen wie der Rüstungsproduzent Rautenbach, die Firmen Kieserling, Kronprinz, Rasspe, Pränafa, um nur einige zu nennen, mussten die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter unter unmenschlichen Bedingungen schuften. Allein die Firma Henkels Zwillingswerk beutete 757 Menschen verschiedener Nationen aus.
Sowjetische und polnische Zwangsarbeiter: innen wurden ohne Frühstück, in bewachten Marschkolonnen aus ihren erbärmlichen Unterkünften zur Arbeit geführt. Die Bewachung übernahmen die Werkschutzeinrichtungen.

Die Benutzung von Straßenbahnen war ihnen verboten. Der NSDAP Ortgruppenleiter Mangenberg hatte u.a. gefordert, dass derart verschmutzte und abgerissene Gestalten den deutschen Volksgenossen nicht zugemutet werden könnten. Die Straßenbahnverwaltung reagierte prompt.
Nach Bombenangriffen mussten die sogenannten „Ostarbeiter“ Leichen ausgraben und Trümmersteine wegschleppen.

Von allen Ausländern waren die Lebensbedingungen der sowjetischen und polnischen Menschen am schlechtesten. Ihre Essensrationen fielen so gering aus, dass sie schon wenige Wochen nach ihrer Ankunft völlig unterernährt waren. An Kleidung besaßen viele nur das, was sie auf dem Leib trugen.

Die Menschen, die aus Erschöpfung umfielen oder erkrankten wurden ins Krankenhaus transportiert. Jedoch niemand hat sie danach wieder gesehen.

Am 17.April 1945 besetzte die amerikanische Armee Solingen, abgelöst von der britischen Armee Ende Mai 1945.
Für die polnischen und sowjetischen Menschen bedeutete das die Befreiung von meist unmenschlichem Elend der Zwangsarbeit. Allerdings dauerte es noch bis Ende 1945, bevor die ersten in ihre von der faschistischen Wehrmacht völlig zerstörte Heimat zurückkehren konnten.

Ihre Solinger Peiniger und Schreibtischtäter, Angestellte und Beamte der Stadt Solingen, zunächst entlassen, waren schon bald wieder in Amt und Würden. Im Verwaltungsbericht der Stadt heißt es 1950 rückblickend: letztlich war es den immer wieder geänderten und gemilderten Entnazifizierungsbestimmungen zu verdanken, dass sie nach kurzer Zeit wieder beschäftigt werden konnten. Und weiter heißt es: Auf diese Weise kamen wirklich tüchtige Fachkräfte wieder zum Arbeitseinsatz.
Der Abwehrbeauftrage und Werkschutzleiter der Firma Kronprinz beispielsweise stieg zum Polizeichef von Solingen und Essen auf.

Die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aber mussten noch mehr als 50 Jahre auf eine Wiedergutmachung/Entschädigung warten. Beide Worte kommen mir nur schwer über die Lippen, weil das erlittene Leid, die jahrelange Entrechtung und die Gesundheitsschäden nicht wieder gut gemacht werden können.

Im Jahr 1953 verabschiedete die Bundesregierung das Bundesentschädigungsgesetz. Die Zwangsarbeiter: innen wurden darin ausdrücklich ausgeschlossen. Für die Zwangsarbeit und die katastrophale Behandlung sah das bundesdeutsche Recht keine Entschädigung vor. Weder Industrie noch Staat wollten die rechtliche und moralische Verantwortung für die Zwangsarbeit unter dem NS-Regime übernehmen.

Der Anstoß für eine Wiedergutmachung, Entschädigung kam also nicht aus dem Land der Täter, sondern in den 1960er und 1970er Jahren von den Niederlanden und Polen.
Erst dies sorgte für Druck und brachte Bewegung in die bundesdeutsche Politik.

Es dauerte noch bis zum Jahr 2000/2001 bevor ein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht wurde. Die Bearbeitung dauerte pro Gesuch weitere 3 Jahre.
Da waren die meisten schon in einem hohen Alter oder bereits verstorben.

Es ist unsere Verantwortung und Aufgabe das Gedenken wachzuhalten, zumal verstärkt rechtsextremistische Kräfte am Werke sind, diese Erinnerungen an die finsterste Zeit Deutschlands verblassen zu lassen.
In Heidenau stellten AFD, CDU und eine im Stadtrat vertretene BI einen gemeinsamen Antrag, dass in der Stadt keine weiteren Stolpersteine mehr verlegt werden dürfen. Dieser Antrag wurde mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. Damit folgte auch die CDU die von Björn Höcke ausgerufene erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.

Wolfram Weimer, Minister für Medien und Kultur beeilte sich, seinen Beitrag für die Geschichtsvergessenheit umgehend zu leisten. Er will die vom Bund zur Verfügung gestellten 25 Mill.€ für die Renovierung des größten Erinnerungsortes seiner Art, Stukenbrock Stalag 326 unter einer fadenscheinigen Begründung zurückziehen. 300 000 sowjetische Kriegsgefangene waren dort in den Baracken untergebracht und bis ins Ruhrgebiet zur Zwangsarbeit eingesetzt. Ca. 65000 Sowj. Kriegsgefangene sind auf dem nahe gelegenen Friedhoff in 36 Massengräberreihen beigesetzt.

Wir, die wir heute hier stehen, versuchen seit Monaten, seit Jahren und Jahrzehnten in Diskussionen, auf Veranstaltungen, auf Straßen und Plätzen vor einer rechtsextremen Gefahr zu warnen, aufzuklären.
Denn unsere Verantwortung ist es, die unvorstellbaren Verbrechen der Faschisten und die Ursachen dafür zu benennen, damit künftige Generationen diese Verbrechen hoffentlich zu verhindern wissen.

Erich Kästner warnte: Man hätte 1929 den Kampf gegen die NSDAP aufnehmen müssen. Wörtlich: Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat.

Um im Bild zu bleiben:
Es ist an der Zeit, diesen rollenden Schneeball zu zertreten, das heißt die AFD zu verbieten. Denn was geschehen ist, konnte nur geschehen, weil ein großer Teil der Deutschen sich direkt oder indirekt am Morden beteiligte und noch vielmehr wegsahen und Nazi-Terror, Vernichtungskrieg und Völkermord hinnahmen.

Wir hoffen auf Menschen, die mit uns gemeinsam der bedrohlichen rechtsextremistischen Entwicklung in unserem Land wirksam entgegentreten.
Wir bauen auf eine Jugend, die sich zu wehren weiß, deren Gerechtigkeitsempfinden nicht verloren gegangen ist.
Wir setzen auf Menschen, die wachsam gegen alles sind, was wieder zu einer ähnlichen Barbarei führen könnte.